

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 17 (1937-1938)
Heft: 8

Artikel: Der sozialdemokratische Wahlerfolg in Basel : ein Triumph der Demokratie
Autor: Weber, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-333140>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wicklung steht nicht still. Der bolschewistische Staatsstreich des Jahres 1917 hat eine *neue herrschende Klasse*, die Klasse der Militär-, Polizei-, Sekretär- und anderen Bürokraten an die Macht gebracht. Diese Klasse prägt der russischen Entwicklung ihren Stempel auf. Die Diktatur hat eine neue Klassenherrschaft geboren. Darum mußten die Ideologen, die geistigen Zeugen der idealistischen Vergangenheit, des Bolschewismus fallen. Zurückgeblieben ist der Alltag. Aus den Kellern der GPU tropft immer noch das Blut, das seit langen Jahren den Boden Rußlands rötet. Und noch ist kein Ende des Prozesses der Selbstzerfleischung der Diktatur abzusehen.

Der sozialdemokratische Wahlerfolg in Basel – ein Triumph der Demokratie

Von Ernst Weber.

Am 20. Februar hatte das Volk des Kantons Basel-Stadt das Urteil zu sprechen über die Arbeit der roten Regierung. Die drei Jahre heißen Bemühens, im Interesse des Gemeinwesens Arbeit zu beschaffen und den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen, fanden bei den Stimmberechtigten Anerkennung. Die Wiederwahl war ein glänzendes Zutrauensvotum. Die Mehrheit, die 1935 knapp errungen wurde, erhielt eine Bestätigung, deren Wucht im ganzen Lande Verwunderung erregte. Im ersten Wahlgang zogen die vier sozialdemokratischen Vertreter wieder in die Regierung ein mit den Rekordzahlen von 22 804 bis 24 012 Stimmen. Ihre bürgerlichen Konkurrenten blieben mit rund 6000 Stimmen im Rückstand und unter dem absoluten Mehr.

Der Aufmarsch zur Urne war gewaltig. Eine Beteiligung von 80 Prozent der Stimmberechtigten darf in Basel als gut bezeichnet werden. Das Resultat der Großratswahlen erhöht noch den Eindruck des sozialistischen Regierungssieges. Unsere Partei gewann 5 Mandate und entsendet nun 51 Vertreter ins kantonale Parlament. Die Kommunisten behaupteten 15 ihrer bisherigen 16 Sitze, so daß nun im Großen Rat eine klare Linksmehrheit besteht, die über 66 Mandate im 130 Mitglieder zählenden Parlament verfügt.

Die sozialdemokratischen Regierungsräte waren im Wahlkampf von den Kommunisten, der Evangelischen Volkspartei und den Freiwirtschaftlern unterstützt worden. Alle diese Parteien brachten aber mit den Sozialdemokraten zusammen in den Großratswahlen nur etwas über 19 000 Stimmen auf. Das beweist, daß weitere 4000 bis 5000 Stimmberechtigte für die rote Mehrheit in der Regierung stimmten. Diese loyale Anerkennung der Leistungen trotz dem vom Bürgerblock perfid geführten Wahlkampf ist ein Triumph der Demokratie. In einem reifen demokratischen Staatswesen läßt sich der Stimmberechtigte nicht glattweg für einen ungerechtfertigten Machtkampf mißbrauchen.

Damit hatte nicht nur der sozialdemokratische Regierungskurs die verdiente Rechtfertigung erhalten. Das Volk verurteilte gleichzeitig

mit aller Schärfe die ausschließliche, machthungrige Blockpolitik der bürgerlichen Parteien.

Wo finden wir die Erklärung für diesen sozialistischen Erfolg?

Unsere Partei und die Regierungsmehrheit haben mit aller Energie und Konsequenz daran gearbeitet, das vor drei Jahren verkündete (auch zum Regierungsprogramm erklärte) Aktionsprogramm zu realisieren. Sein Inhalt kann in wenigen Sätzen zusammengefaßt werden:

Arbeitsbeschaffung in großzügigem Ausmaß;

Mittelbeschaffung dafür und für die Sanierung des Staatshaushaltes, unter gerechter Verteilung der nötig werdenden Opfer;

Erhaltung der vorbildlichen sozialen Leistungen;

Kampf der Abbaupolitik;

Erhaltung der demokratischen Freiheiten und Rechte des ganzen Volkes.

Ist dieses Programm erfüllt worden?

Die Basler Sozialdemokratie zog in den Wahlkampf mit der Feststellung, daß das mögliche erreicht wurde und dieser Kurs mit gleicher Energie unveränderlich weitergesteuert werden müsse. Daraus ergab sich unsere Parole: Basel blybt sozial und demokratisch!

Es ging 1938 nicht mehr um bloße Versprechungen, es ging darum: Hat die dreijährige sozialistische Regierungstätigkeit gehalten, was die Partei vor drei Jahren versprochen hatte?

Wir versuchen, in knappen Zügen die wichtigsten Ergebnisse dieser dreijährigen Arbeit zu skizzieren.

Die Arbeitsbeschaffung

Wohl in keinem andern Gemeinwesen der Schweiz ist die Arbeitsbeschaffung in den letzten drei Jahren in solch unerhörtem Tempo gesteigert worden wie in Basel. Wir halten die Intensität in der Bekämpfung der Krisenfolgen für den entscheidenden positiven Faktor — neben der klugen Finanzpolitik — im Konto der Regierungsmehrheit. Diese Leistungen haben der arbeitenden Bevölkerung, Arbeitern, Angestellten, Handwerkern usw. gezeigt, wer ernst macht mit seinen Versprechungen.

Die bürgerlichen Politiker hatten geglaubt, daß die neue Regierung den traditionell gewordenen Schlendrian im Baudepartement kaum überwinden würde. Mit einem Hohngelächter sondergleichen begrüßten sie im Herbst 1935 das Bauprogramm der roten Regierung. Nichts als Bluff, schrien sie. Das werde unmöglich ausgeführt werden. Heute müssen sie zugeben, daß es nicht nur eingehalten, sondern weit übertroffen ist. Wir wollen hier nur die wesentlichsten Arbeiten nennen: 1935 noch wurde der Erweiterungsbau der zu schmalen Wettsteinbrücke beschlossen. Das 2-Millionen-Werk geht seiner Vollendung entgegen. Nach hartem Abstimmungskampf konnte das alte Zeughaus am Petersplatz abgerissen werden, um dem neuen Universitätsgebäude

Platz zu machen. Es wird in kurzer Zeit unter Dach gebracht sein. Ein prächtiger Bau mit einer Kostensumme von fast 4 Millionen Franken. Im Herbst 1935 stimmte das Volk der Errichtung eines Verwaltungsgebäudes für das Polizeidepartement zu. Im Anschluß an den Neubau der Kantonalbank (der soeben fertig wurde) wird damit ein Stück Innenstadtkorrektur realisiert. Mit dem Durchbruch des Blumenrains (der eine ganz böse Verkehrshemmung war) erfolgte der Abbruch zahlreicher alter Häuser. Zu Beginn dieses Jahres wurde zudem vom Volke der Neubau für die Oeffentliche Krankenkasse beschlossen, der den Abschluß des Blockes an der Spiegelgasse (Kantonalbank, Polizeigebäude) bilden wird. Ebenfalls eine Arbeit von gewaltigem Ausmaß ist der Bau eines zweiten Beckens im Rheinhafen. Eine Straßenbrücke über den Hafeneingang und ein Neubau für die Hafenverwaltung kamen dazu. Erwähnen wir noch die Renovation des ältesten noch bestehenden Klosters in Klein-Basel für Museumszwecke, die Erweiterung des Kinderspitals, den Bau der prächtigen Rheinpromenade bei der Solitude, Errichtung von Spielplätzen in Klein-Basel und im St. Johannquartier und den Bau eines Schulhauses auf dem Bruderholz.

Wichtig ist noch der Hinweis auf die Unterstützung gemeinnütziger und privater Bauten aus dem Arbeitsrappen: Erweiterungsbauten des Bethesda-, des Clara- und des Diakonissenspitals, Neubauten des Radio-Studios, des Kaufmännischen Vereinsgebäudes und von Silobauten in den Rheinhäfen. Zuletzt wurde einem Neubau des Kasinos am Barfüßerplatz zugestimmt, wodurch dieses wichtige Verkehrszentrum endlich die dringend nötige Korrektur erhält.

Der Bauwille des roten Basel hat große Werke geschaffen. Unsere nur unvollständige Aufzählung gibt wenigstens einen Begriff von der gewaltigen Leistung. Allein die Beiträge aus dem Arbeitsrappenfonds lösten eine Bausumme von 32 Millionen Franken aus. Fast ausnahmslos handelt es sich um Bauaufgaben, die ohne die Initiative und die Subventionierung des Staates nicht in Angriff genommen worden wären oder nur in reduziertem Ausmaß. Lauter dauernde Werte wurden mit dieser produktiven Methode der Krisenbekämpfung geschaffen. 1937 wurden an den Arbeitsrappenbauten im Monat 1200 bis 1400 Arbeiter beschäftigt, die sonst hätten stempeln müssen.

Die Finanzpolitik

Arbeitsbeschaffung in solcher Großzügigkeit ist nur durchführbar, wenn die erforderlichen Mittel und Kredite vorhanden sind. Es gelang, sie zu beschaffen. Das war die schwierigste Aufgabe der sozialdemokratischen Mehrheit, die nicht mit Dringlichkeitsbeschlüssen regieren konnte — es auch nicht wollte —, sondern die Zustimmung des Volkes für ihre Maßnahmen brauchte.

Um die finanzpolitische Leistung richtig werten zu können, muß man sich die Situation kurz betrachten, in welcher die Mehrheit übernommen wurde. Die bürgerliche Regierung hatte seit Beginn der Wirtschaftskrise Defizit auf Defizit gehäuft. Jährliche Fehlbeträge von 4 bis 7 Millionen Franken in der Staatsrechnung liefen auf. Einziges Aus-

kunftsmittel war die deflationistische Methode. Der damalige Finanzvorsteher forderte vom Staatspersonal einen Lohnabbau von 15 Prozent. Sein liberaler Nachfolger versuchte noch unter der neuen Mehrheit einen zehnprozentigen Abbau und die Sistierung der Altersversicherung durchzusetzen. Im Wahlkampf 1935 hatten die Liberalen, die Partei der Hochfinanz und des Großkapitals, dem Volk erzählt, daß bei einem Sieg der Roten eine Zerrüttung des Staatshaushaltes und ein völliger finanzieller Zusammenbruch in wenigen Monaten unvermeidlich sei. Und konsequent wurde auch der neuen Regierung der Kredit durch die Banken gesperrt. Das war der Patriotismus und die Liebe zur Vaterstadt in kapitalistischen Kreisen, deren Regierung der neuen, im Mai antretenden Mehrheit im Budget für das Jahr 1935 ein Defizit von 12 Millionen Franken hinterließ. In der Folge wurde übrigens immer wieder durch bössartige, oft auch wahrheitswidrige Darstellungen über die Finanzlage Basels der Kredit zu schädigen versucht. Anfänglich wurde mit solchen Mitteln eine eigentliche Panikstimmung zu schaffen versucht.

Gegen all diese Widerstände hat die rote Mehrheit die Sanierung des Staatshaushaltes zustande gebracht.

Der erste Schritt war das Sanierungsgesetz, das im Laufe des Jahres 1935 sorgfältig ausgearbeitet und Anfang 1936 vom Volk angenommen wurde. Der wesentlichste Punkt der Mittelbeschaffung waren Steuerzuschläge. Diese treffen die breiten Massen nur wenig, weil die Grenze für steuerfreie Einkommen sehr hoch liegt. Verheiratete mit Kindern sind bis zu 3800 Fr. frei, so daß über 30 000 Steuerpflichtige überhaupt nichts zahlen — und natürlich auch keine Zuschläge leisten. Umstritten war das vom Staatspersonal zu leistende Opfer. Auf Wunsch seiner Gewerkschaft wurde eine Belastung von 5 Prozent des Lohnes als Pensionsbeitrag bezeichnet. Das wurde einem »befristeten« Besoldungsabbau vorgezogen, weil von vornherein Angriffe auf das vorbildliche Pensionsgesetz Basels unwirksam gemacht werden mußten. Seine Leistungen sind die weitestgehenden im ganzen Lande, ohne daß vorher vom Personal irgendwelche Beiträge bezahlt worden wären. Inzwischen ist die Schaffung einer eigentlichen Pensionskasse beschlossen worden.

Ein zweites wichtiges Werk der Sanierung war das Arbeitsrappengesetz. Die Initiative dazu war im Baugewerbe ergriffen worden. Unternehmer und Gewerkschaften setzten sich dafür ein, um den drohenden Zusammenbruch dieser Industrie zu verhindern. Das Opfer des Arbeitsrappens wurde von der Arbeiterschaft übernommen aus Solidarität mit den Arbeitslosen. 24 Millionen Franken, ausschließlich für großzügigste Arbeitsbeschaffung bestimmt, wurden so bereitgestellt. Gleichzeitig sicherten sich damit die Arbeiter ihre Tarifverträge und eroberten ein neues Arbeitsrecht, da sehr scharf kontrolliert wird, ob alle beteiligten Firmen sich an die Verträge halten. Fast alle in Betracht fallenden Unternehmungen wollen Aufträge bei Staats- und Arbeitsrappenbauten und unterziehen sich deshalb dem neuen Recht.

Wir wollen gleich an dieser Stelle festhalten, daß im Wahlkampf versucht wurde, den Arbeitsrappen auszuschlachten. Den Angestellten

erzählte man, daß sie den Rappen bezahlen, ohne Nutzen davon zu haben. Dieses Argument hat nicht verfangen. Die Angestellten und Beamten haben sehr wohl verstanden, daß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und damit zur Beseitigung des Druckes auf die Löhne etwelche Opfer gerechtfertigt sind. Der restlose Aufmarsch zur Urne bewies, daß von Verärgerung dieser Kreise durch den Arbeitsrappen keine Rede ist, sondern die Einsicht besteht, daß er auch ihnen direkt oder indirekt nützt.

Der dritte Schritt zur Sanierung war eine besondere Belastung des Besitzes, das Krisenopfer des Kapitals. Der liberale Finanzvorsteher weigerte sich zwar, eine solche Vorlage auszuarbeiten. Genosse Dr. Hauser übernahm diese Aufgabe, mit dem Erfolg, daß die Vertreter des Kapitals es nicht wagten, das Referendum dagegen anzutreiben. Der Ertrag von über 2 Millionen Franken erscheint erstmals in der Staatsrechnung 1937. Mit diesem Zeitpunkt war auch die Sanierung praktisch schon erreicht.

Noch im Herbst 1937 hat in der »Neuen Zürcher Zeitung« ein Korrespondent aus Basel behauptet, es müßte merkwürdig zugehen, wenn die Rechnung 1937 mit weniger als 5 Millionen Franken Defizit abschließen sollte. Als die Rechnung vorlag, betrug es — ohne Künstelei und Kniffe — noch knapp eine Million. Das war ein für die bürgerlichen unerwarteter Erfolg der sozialdemokratischen Finanzpolitik. Der eingeleitete Wahlangriff wegen der »Schulden- und Defizitwirtschaft« brach damit in seinen Anfängen kläglich zusammen. Zwar versuchten die bürgerlichen Strategen auch nach Bekanntgabe der Rechnung, schwarz zu malen und von »Verschwendung der Staatsgelder im aufgeblasenen Verwaltungsapparat« zu reden, machten aber angesichts der tatsächlichen Leistungen nicht den geringsten Eindruck bei den Stimmberechtigten.

Kein Mensch kann ernsthaft bestreiten, daß die rote Regierung zielbewußte und sorgfältige Finanzpolitik getrieben und den Staatshaushalt saniert hat.

Erhaltung der sozialen Leistungen

Die sozialen Leistungen, auf die Basel so stolz ist, dürfen nicht gekürzt werden! Auch dieses Versprechen ist in vollem Umfang gehalten worden. Das war nicht leicht. Mit der sich verschärfenden Krise stiegen die Lasten. Die Angriffe aus kapitalistischen Kreisen auf die Altersversicherung, auf die Ansätze der Notunterstützung usw. waren sehr scharf geführt worden. Die Regierung ließ sich nicht beirren. Nach der Abwertung gewährte sie ohne Zögern Zulagen zu den niedrigsten Taggeldern der Arbeitslosenversicherung. Die Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche in besondern Gruppen wurden vervielfacht. In gleicher Weise wurde den ältern Arbeitslosen geholfen.

Kein Wunder, daß die Ausgaben für die sozialen Einrichtungen, die 1930 noch rund 6,3 Millionen Franken betrugen (1934: 11,2), im Jahre 1936 auf 15 Millionen stiegen. Basel kann stolz sein auf die Erhaltung seiner sozialen Leistungen.

Das sind die überzeugenden Leistungen der roten Mehrheit Basels. Wer ehrlich sein will, kann nicht anders, als sie offen anzuerkennen. Die bürgerliche Minderheit hat das gelegentlich getan und auch im Großen Rat die dargereichte Hand zur Zusammenarbeit oft ergriffen. Das war um so leichter, als es der Regierung nie um Parteiprestige, sondern stets um das Wohl des Volkes ging. Die erbitterte Stimmung, die früher oft die parlamentarischen Beratungen vergiftet hatte, begann zu schwinden. Auch in der Bevölkerung kam diese Befriedung deutlich zum Ausdruck. Die politische Spannung hatte ihre frühere Schärfe verloren, da sich die Regierung in keiner Frage scheute, auf den Entsch eid des Volkes abzustellen. Wesentliches Verdienst an der Verbesserung der Atmosphäre hatte auch die Umstellung bei der Polizei. Durch Verbote von Demonstrationen, durch Spitzelaffären und Schlägereien war früher oft genug die ganze Einwohnerschaft in Unruhe versetzt worden. Dadurch, daß den Kommunisten ihre Bürgerrechte wieder gewährt wurden wie allen andern, fügten sie sich vernünftig in die demokratische Ordnung ein. Das Polizeikorps wurde nirgends mehr überfallartig eingesetzt. Mit einem Schlag hörten die Prügeleien und Straßenschlachten auf. Systematisch vollzog sich die Wandlung der Polizei zur neuen Auffassung, daß sie der Bevölkerung zu helfen hat. Der Erfolg ist erreicht, die gegenseitige Einstellung von Publikum und Polizeiorganen ist eine ganz andere geworden, ohne daß diese an Autorität eingebüßt hätten.

Die politische Situation vor den Neuwahlen

War es zu kühn, daß die Partei angesichts dieser Entwicklung den Versuch unternahm, eine Verständigung und eine Basis der Zusammenarbeit auch für die Neuwahlen zu schaffen? Ernsthaft konnte niemand die Arbeit der roten Mehrheit bestreiten. Das Vertrauen in die Behörden wäre nur gesteigert worden, wenn die Parteien sich über eine kampflose Wiederwahl der Regierung verständigt hätten. Deshalb wandten sich die Sozialdemokraten an alle Gruppen im Großen Rate und schlugen eine stille Bestätigung der bisherigen Regierungsräte vor.

Das Angebot fand keine Annahme bei den bürgerlichen Parteien. Die offene und loyale Erklärung unserer Partei setzte sie allerdings in etwelche Verlegenheit, da sie keine wirksame Angriffsstellung gegen die rote Mehrheit gefunden hatten. Sie fanden auch später keine.

Am längsten schwankten die Radikaldemokraten. Auf dem linken Flügel des schweizerischen Freisinns placiert, haben sie oft genug die Verständigung mit der Arbeiterschaft propagiert. Wiederholt schon hatten auch prominente Radikale die vernünftige, aufbauende Politik der Basler Regierung anerkannt. Besonders bei den fortschrittlicheren, jüngeren Elementen des Basler Freisinns zeigte sich deshalb eine starke Strömung, den sozialdemokratischen Vorschlag anzunehmen. Als die Katholische Volkspartei ankündigte, daß sie unter allen Umständen den Kampf wolle, und die Radikalen erklärten, daß sie als stärkste bürgerliche Gruppe eine Zweiertvertretung in der Regierung fordern, machte unsere Partei ihnen das Angebot, ihre beiden Kandidaten zu

unterstützen, sofern umgekehrt unsere vier Vertreter auf ihre Liste genommen würden. Auch das wurde abgelehnt. Das Bedürfnis der Anlehnung an einen bürgerlichen Block war stärker als die Einsicht in die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der Arbeiterschaft. Zu Unrecht schien man im radikalen Lager zu vermuten, daß die Arbeiter nicht Parole halten würden. Zu Unrecht, weil unsere Mitglieder viel besser verstanden haben als die linksbürgerlichen Kreise, daß eine konstruktive Zusammenarbeit *all jener, die guten Willens sind zur Erhaltung und zum Ausbau der sozialen Demokratie, unerläßlich ist.*

Die Radikalen gingen in den Bürgerblock, der fünf Sitze in der Regierung beanspruchte; also zwei der sozialdemokratischen Vertreter zu sprengen trachtete. Die freisinnige Parole: »Sammlung auf die Mitte« wirkte deshalb recht heuchlerisch und wurde auch in bürgerlich gesinnten Angestelltenschichten so gewertet. Deutlicher waren die Wahlparolen der Liberalen. Sie forderten offen eine Kursänderung: massiven Abbau der Staatsausgaben (was nur bei den Löhnen und den Sozialausgaben möglich wäre), Drosselung der Arbeitsbeschaffung und Entlastung des Besitzes vom Krisenopfer. In dieser Gemeinschaft führten die Radikalen den Kampf gegen die Arbeitervertretung!

Dieses charakterlose Verhalten der Freisinnigen weckte bei unsern Genossen erst recht den Kampfgeist. Nun galt es, alle Kräfte des arbeitenden Volkes zu mobilisieren gegen den ungerechtfertigten Ansturm des Bürgerblocks. Dazu brauchte es selbstverständlich die Unterstützung der über 4000 kommunistischen Wähler; darum die Listenverbindung bei den Großratswahlen.

Wahrscheinlich hätte die Kommunistische Partei auch ohne Listenverbindung — die übrigens keine anderweitige politische oder sonstige Bindung zur Voraussetzung hatte — die bisherige Mehrheit unterstützt. Allerdings mit geringerem Elan. Es ist aber am Platz, hier festzustellen, daß die Kommunisten in den vergangenen drei Jahren sich durchaus vernünftig in die Demokratie einfügten. In der praktischen Politik bemühten sie sich, ihr Bekenntnis zur Demokratie unter Beweis zu stellen. Wir fragen uns deshalb, was diese Arbeiter noch hindert, ihre Bindung an Moskau aufzugeben und sich auch der Demokratie innerhalb der Arbeiterbewegung zu unterziehen. Die Existenzberechtigung einer Kommunistischen Partei in der Schweiz ist nicht mehr einzusehen.

Das Geschrei über eine »moskowitzische« Beeinflussung der roten Regierung als Folge der Listenverbindung machte bei der gegebenen Situation auf die Stimmberechtigten nicht den geringsten Eindruck. Dafür ist der Kurs der Basler Sozialdemokratie zu klar.

Dieser klare Kurs und die Leistungen in den Jahren 1935 bis 1938 haben die Basler Wahlen entschieden. Ernsthafte Arbeit zum Nutzen des Gemeinwesens, im Interesse der gesamten Bevölkerung, loyale, gerechte Behandlung aller Bürger haben das nötige Vertrauen geschaffen. Die großkapitalistischen Machtansprüche, die Tendenzen auf reaktionären Kurswechsel wurden entscheidend geschlagen. Die Blockpolitik hat durch den machtvollen Wahlentscheid der Arbeiter, An-

gestellten und vieler Mittelschüler eine schwere Niederlage erlitten. Weit über die Stimmkraft der eigenen Partei hinaus wurde einer aktiven und maßvoll regierenden roten Mehrheit vom stimmberechtigten Volk das Vertrauen ausgesprochen: ein wirklicher Triumph der Demokratie.

Die stadtzürcherischen Wahlen vom 20. März 1938

Von Friedrich Heeb.

Der Kampf um das rote Zürich, der am 20. März 1938 an der Urne ausgetragen wurde, hat weit über seinen eigentlichen Bereich hinaus größtes Interesse erregt, und nicht mit Unrecht hat man dieser Wahlschlacht eidgenössische Bedeutung zugemessen. Der Wahlkampf wurde wochenlang mit ungeheurer Leidenschaft und Erbitterung geführt, von den größeren Parteien mit einem wahren Riesenaufwand an Propagandamitteln. Das gilt nicht zuletzt auch von der Sozialdemokratischen Partei, die sich bewußt war, was am 20. März sowohl für die stadtzürcherische als die gesamtschweizerische Arbeiterbewegung auf dem Spiel stand und die sich auch von allem Anfang an darüber im klaren war, daß der Landesring des Herrn Duttweiler seine Wahlaktion mit echt amerikanischen Reklamemitteln unter verschwenderischer Inanspruchnahme der ihm zur Verfügung stehenden großen Geldquellen führen werde.

In Anbetracht aller Umstände, die am 20. März 1938 vorlagen und von denen nicht wenige für unsere Partei höchst ungünstig waren — es sei nur an die psychologisch auf ängstliche Gemüter sehr zu unserem Nachteil sich auswirkenden Ereignisse in Oesterreich erinnert —, darf ohne jede Uebertreibung gesagt werden, daß wir uns glänzend behauptet haben, wenn unserer Partei auch durch die Einbuße von drei Gemeinderatsmandaten die absolute Mehrheit im Stadtparlament verloren ging. Noch vor einem Jahr, ja sogar noch im Herbst 1937, hätte auf unserer Seite keiner einen auch nur annähernd so günstigen Wahlausgang zu prophezeien gewagt.

Bevor wir auf die eigentlichen Wahlergebnisse eingehen, seien einige Bemerkungen über die Zahl der Stimmberechtigten und den Prozentsatz der Stimmbeteiligung vorausgeschickt. Ohne Zweifel weist keine andere Gemeinde der Schweiz in ihrer Bevölkerungszusammensetzung eine so starke Fluktuation auf wie Zürich, und es ist darum auch kein Zufall, daß bis weit in die Vergangenheit zurück alle neuen politischen Bewegungen, mochten sie nun von Dauer oder eine bloß vorübergehende Erscheinung sein, von Zürich ihren Ausgang nahmen.

Die Zahl der Stimmberechtigten in der Stadt Zürich betrug bei den städtischen Wahlen: